

+++ 39. NEWSLETTER GEGEN RECHTSEXTREMISMUS +++

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,
dies ist die 39. Ausgabe unseres Newsletters gegen Rechtsextremismus: In unregelmäßigen Abständen möchten wir Sie/Euch hiermit über unsere Initiativen, Positionen und Termine auf dem Laufenden halten und zeitnah informieren, was in Berlin passiert.

Über Ihr/Euer Interesse freut sich und auf Ihre/Eure Unterstützung hofft Ihre/Eure

Clara Herrmann, Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus

Redaktion des Newsletters und Ansprechpartnerin für Nachfragen, Anregungen, Kritik oder technische Probleme: Clara Herrmann, newslettergegenrechts@gruene-fraktion-berlin.de

+++ Inhalt +++

- 1. Einladung zur Veranstaltung "Die neue alte Rechte" am 29. April**
- 2. Rechte Gewalt und rechtsextreme Hetze gegen Geflüchtete**
- 3. Antisemitismus in Berlin**
- 4. Waffenbesitz von Rechtsextremen**
- 5. Verschiedenes**
- 6. Termine**

+ 1. Einladung zur Veranstaltung: "Die neue alte Rechte" am 29. April+

Die Parteienlandschaft in Deutschland wurde in den letzten Jahren um einige Parteien erweitert, die rechtsextreme und rechtspopulistische Positionen vertreten. Sie bieten vermeintlich einfache Lösungen auf Kosten von Minderheiten und befördern eine stigmatisierende Debatte über Islam, Einwanderung und Geflüchtete. Damit fassen sie auch in sogenannten bürgerlichen Kreisen Fuß. Sie liefern mit ihren populistischen Äußerungen aber auch den Nährboden für islamfeindliche Gruppen wie PEGIDA, die seit Anfang des Jahres einen Ableger in Berlin haben. Die AfD (Alternative für Deutschland) reiht sich in diese Argumentationsmuster ein. Der Berliner Landesverband der AfD ist bisher nicht besonders in Erscheinung getreten. Um so wichtiger ist ein genauerer Blick auf ihre Struktur, Aktivitäten, Inhalte und Ziele. Nur so können Strategien entwickelt werden, um ihnen im politischen Diskurs entgegen zu treten und ihre abwertenden, ausgrenzenden Einstellungen offenzulegen.

Daher wollen wir gemeinsam mit unseren Gästen einen systematischen Blick auf Inhalte und Botschaften der AfD und PEGIDA-Bewegung werfen und in diesem Licht insbesondere die Berliner AfD betrachten. Außerdem wollen wir konkrete Strategien und Handlungsempfehlungen im Umgang mit AfD und PEGIDA diskutieren.

Gäste:

Ulli Jentsch, antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V. (apabiz)

Bianca Klose, mobile beratung gegen rechtsextremismus berlin (mbr)

Moderation:

Clara Herrmann (MdA), Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus

Für die bessere Planbarkeit wird um vorherige **Anmeldung** gebeten. **Hier** können Sie sich anmelden und finden weitere Informationen.

Veranstaltungsort: Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin

+ 2. Rechte Gewalt und rechtsextreme Hetze gegen

Geflüchtete +

Die rechte und rechtsextreme Szene hetzt seit Monaten massiv gegen geflüchtete Menschen in Berlin. Es gibt einen besorgniserregenden Anstieg von Angriffen mit rechtem Hintergrund auf Geflüchtete und Unterkünfte für Geflüchtete in Berlin. Das zeigt die Antwort auf eine parlamentarische Anfrage von mir. Es werden Bauzäune vor geplanten Unterkünften umgeworfen, rechtsextreme Parolen an Wände geschmiert, Böller an Eingängen von Flüchtlingsunterkünften gezündet, Menschen bedroht, beleidigt und angegriffen. Die Gewaltbereitschaft der rechtsextremen Szene ist enorm hoch: Im Jahr 2013 zählt die offizielle Polizeistatistik fünf Delikte, die sich gegen

Geflüchtete oder Unterkünfte für Geflüchtete richteten. 2014 waren es 41 Fälle.

Rechtsextremismus und Rassismus bleiben in ganz Berlin ein erschreckendes Problem. Die Anzahl rassistischer Angriffe ist 2014 besorgniserregend. So zählt *ReachOut*, die Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, 179 Angriffe in Berlin, darunter 100 mit dem Tatmotiv Rassismus. Die hohen rassistisch motivierten Angriffszahlen sind im Zusammenhang mit den Protesten gegen Geflüchtete in Berlin und mit „Pegida“, „Bärgida“ und Co. zu sehen. Diese menschenfeindliche Stimmung bietet den Nährboden für rechtsextreme Angriffe und Gewalt.

Zentral ist es für uns, sich mit den Betroffenen zu solidarisieren, Initiativen gegen Rechts zu stärken, Opfer vor rechter Gewalt zu schützen und den Ermittlungsdruck gegen Neonazis zu erhöhen.

Parlamentarisches:

- Die parlamentarische Anfrage zu rechtsextremen Angriffen in Berlin und die Senatsantwort ist [hier](#) zu finden
- Meine parlamentarische Anfrage "Rechtsextremismus in Marzahn-Hellersdorf" finden Sie [hier](#)
- Die Anfrage an den Senat zu rechtsextremen Angriffen gegen Geflüchtete und Unterkünfte für Geflüchtete in Berlin und die Antwort finden Sie [hier](#)

Aus der Presse:

- Ein [Artikel](#) zum Thema in der taz: "*Mehr Angriffe auf Flüchtlingsheime. Erst die Stimmung, dann die Taten*"
- Einen Artikel in der Berliner Morgenpost zu Protesten gegen Unterkünfte für Geflüchtete finden Sie [hier](#)

+ 3. Antisemitismus in Berlin+

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS), ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V., hat im März ihre Zahlen zu antisemitischen Vorfällen in Berlin 2014 veröffentlicht. RIAS hat erstmalig für das Jahr 2014 antisemitische Entwicklungen in Berlin beobachtet und dokumentiert. Die Zahlen sind besorgniserregend und zeigen, dass die Dunkelziffer antisemitischer Vorfälle deutlich höher ist als die offizielle Zählung der Polizei: Von den 100 Vorfällen, die RIAS zählt, sind nur 30 in der offiziellen Polizei-Statistik enthalten.

Antisemitismus ist weiterhin ein Problem in Berlin, das sich nicht auf einzelne Stadtteile beschränkt. Das zeigt auch eine Senatsantwort auf ein parlamentarische Anfrage von mir. Die Antwort auf die Anfrage macht auch deutlich, dass rund 90% der Delikte im Jahr 2014, die in der polizeilichen

Statistik politisch motivierter Kriminalität erfasst wurden, rechtsmotiviert sind. Religionsfreiheit ist ein Grundrecht in unserer Gesellschaft. Wer Juden angreift, greift damit auch unser friedliches und demokratisches Zusammenleben an. Antisemitismus als gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit muss ernst genommen und gegen antisemitische Vorfälle muss konsequent vorgegangen werden.

Parlamentarisches:

- Die Anfrage "*Antisemitische Delikte (II)*" finden sie [hier](#)
- Meine Pressemitteilung "*Zahl antisemitischer Vorfälle alarmierend hoch – Zivilgesellschaft muss gestärkt werden*" ist [hier](#) zu finden

Aus der Presse:

- Der Artikel zur Anfrage "*192 antisemitische Straftaten in Berlin - allein 2014*" bei rbb-online ist [hier](#) zu finden
- Meinen Beitrag im Störungsmelder "*Immer mehr antisemitische Übergriffe in der Hauptstadt*" finden Sie [hier](#)

+ 4. Waffenbesitz von Rechtsextremen +

Die Behörden in Berlin und der Innensenator Henkel (CDU) wissen nicht, ob und wie viele verurteilte Neonazis in Besitz von legalen Waffen sind und ob diese bei Straftaten eingesetzt wurden. Auch gibt es keine Kenntnisse darüber, ob und wie viele illegale Waffen bei rechtsmotivierten Straftaten eingesetzt und wie viele Waffen bei Durchsuchungen von Rechtsextremen sichergestellt wurden.

Das ergab die Antwort des Berliner Senates auf meine parlamentarischen Anfragen zu Waffenbesitz von Rechtsextremen. Auf zwei Anfragen konnte die Innenverwaltung keine Antworten geben und verweist lediglich darauf, dass die erfragten Daten nicht statistisch erfasst werden. Das ist brandgefährlich, da scheinbar der Waffenbesitz der gewaltbereiten rechten Szene in Berlin die Behörden nicht interessiert. Interessanterweise gibt es hingegen in anderen Bundesländern, wie beispielsweise in Thüringen, Kenntnisse über legalen Waffenbesitz von Personen aus der rechtsextremen Szene.

Parlamentarisches:

- Die parlamentarische Anfrage "*Waffenbesitz von Rechtsextremen*" und die Antwort des Senats ist [hier](#) zu finden
- Die parlamentarische Anfrage "*Legalen Waffenbesitz von Rechtsextremen*" und die Antwort des Senats finden Sie [hier](#)

Aus der Presse:

- Mein Beitrag "*Berlin ratlos über Waffenbesitz von Neonazis*" im Störungsmelder finden Sie [hier](#)

+ 5. Verschiedenes +

- Seit Wochen gehen rechte Gruppen in Pankow, Köpenick und Marzahn auf die Straße, um Stimmung gegen Geflüchtete zu machen. Unter dem Label der ‚Montagsdemos‘ werden menschenverachtende Parolen verbreitet. **Die Mehrheit der Berliner*innen heißt Geflüchtete in unserer Stadt willkommen.** Die Hilfsbereitschaft ist besonders in der Nachbarschaft von Flüchtlingsunterkünften groß, vielerorts zeigen sich Menschen solidarisch und setzen sich erfolgreich für eine Willkommenskultur ein.
- Mein Beitrag im Stachel "*Rechtsextremen Kampagnen entschlossen entgegnetreten*" zu diesem Thema ist [hier](#) zu finden

+++

- In der Plenarsitzung am 26. März 2015 im Abgeordnetenhaus wurde unter anderem auch über das laufende NPD-Verbotsverfahren und die Aufforderung des Bundesverfassungsgerichts an die Bundesländer, weitere Beweise und Unterlagen einzureichen, diskutiert. Meine Rede zu dem Antrag der Fraktion Die Linke „*NPD-Verbotsverfahren nicht in Gefahr bringen – Senat muss liefern*“ ist [hier](#) zu finden.

+++

- Am 21. März, am Internationalen Tag gegen Rassismus, fand die Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN BERLIN statt. In einer gemeinsamen Resolution gegen Rassismus, die ich unterstützt habe, zeigen wir uns als Landesverband solidarisch mit Geflüchteten und allen Menschen in unserer Stadt, die rassistischen Anfeindungen und Angriffen ausgesetzt sind. Wir stellen uns gegen jegliche Formen von Rassismus und Rechtsextremismus und würdigen das vielfältige Engagement für eine Willkommenskultur in Berlin.
- Die Resolution "*Gemeinsam gegen Rassismus in Berlin!*" ist [hier](#) zu finden.

+ 6. Termine +

- Ausschuss für Verfassungsschutz: 15.04.2015 (Raum 113), 20.05.2015 (Raum 304) - ab 11.30 Uhr im Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin
- Veranstaltung "*Die neue alte Rechte*" am 29. April im Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin